

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.

Caritasverband, Residenzstraße 90, 13409 Berlin

Fachreferent Wohnungslosenhilfe, Existenzsicherung und Straffälligenhilfe

Residenzstraße 90 (Ecke Reginhardstraße)
13409 Berlin
Telefon-Zentrale (0 30) 6 66 33-0

Kai-Gerrit Venske

Telefon-Durchwahl (0 30) 6 66 33-1146
Telefax (0 30) 6 66 33-1059
k.venske@caritas-berlin.de

www.caritas-berlin.de

2. Dezember 2021

Protokoll LIGA-Fachausschuss Existenzsicherung und Armutsbekämpfung

vom **02.12.2021 14:30-16:40 Uhr**

Moderation : Kai-Gerrit Venske/)

Protokoll: Kai-Gerrit Venske (CV) ab TOP 3.8 Sigrid Rosenbusch (CV)

Teilnehmer*innen der Videokonferenz:

Anh-Van Tran (LAG SIB), Irina Meyer (DPWV), Corinna Boldt (V-ABI), Claudia Niemeyer (DW), Heike Golletz (DRK), Christina Müller-Ehlers (AWO), Sigrid Rosenbusch (CV), Kai-Gerrit Venske (CV)

Entschuldigt: Markus Pleyer (DPWV), Birgit Münchow (AWO), Marco Rauter (LAG SIB)

TOP 1 Begrüßung und Abstimmung der TO

Kai-Gerrit Venske begrüßt die Anwesenden, insbesondere auch Claudia Niemeyer als Nachfolgerin von Wiebke Rockhoff im DWBO.

TOP 2 Protokollkontrolle (07.10.21)

Protokoll der letzten Sitzung wird ohne weitere Änderungen verabschiedet. Kai-Gerrit Venske wird dies versenden.

TOP 3 Austausch zu aktuellen Entwicklungen/ Durchlauf durch Themengebiete des LIGA-FA

3.1 Armutalitionsbver

Keine neuen Informationen; siehe aber TOP Koalitionsvertrag

3.2 Allgemeine/Unabhängige Sozialberatung

Keine neuen Informationen; siehe aber TOP Koalitionsvertrag

3.3 Schuldner- und Insolvenzberatung

befürchten Zunahme von Klient*innen mit Energieschulden; siehe auch TOP Koalitionsvertrag

3.4 Teilhabe und Arbeitsmarktthemen

Treffen mit LAG Jobcenter am 16. Dezember (Info Christina). Referent*innen arbeitsmarktpol.
Vertreter*innen der LIGA

Info: Kund*innen der Arbeitsagenturen erhalten nur noch über 2 G Präsenztermine
Teilhabechancengesetz: KÜ für Tests wurde wiederholt abgelehnt

siehe auch TOP Koalitionsvertrag

3.5 Digitalisierung

Online-Zugangs-Gesetz (Bericht Claudia/DWBO). Sollten wir weiter aufmerksam verfolgen,
insbesondere hinsichtlich der Zugangswege zu Leistungen

3.6 Mietenpolitik

Keine neuen Informationen, siehe aber TOP Koalitionsvertrag

3.7 Kinder- und Familienarmut

Keine neuen Informationen

3.8 Straffälligenhilfe

Im Koalitionsvertrag einige gute Punkte berücksichtigt, besonders im Bereich der Opferhilfe.
Das Thema Übergangsmanagement wurde jedoch nicht berücksichtigt, offensichtlich ist die
Begrifflichkeit nicht verständlich für die Entscheidungsträger.

Es wird überlegt, in welcher Form die Thematik nach jahrelangen Versuchen ohne
nennenswerte Erfolge stärker lobbyiert werden kann.

Die Justizverwaltung sieht die Problematik der Zielgruppe (erwachsene männliche Gefangene)
nicht.

Im Koalitionsvertrag ist der Begriff der „mobilen Serviceangebote für besondere Lebenslagen“
zu finden, evtl. nutzbar für die Zielgruppe?

Ob die Zahl der Haftentlassungen wirklich in den letzten Jahren auf ein Drittel
zurückgegangen ist, wird über Caritas und Paritätär im Nachgang Zahlen konkretisiert.

Angedacht ist als Ansprechpartner die Sozialverwaltung einzubeziehen, um für die
Problematik des Übergangsmanagement (fehlende Beantragung SGBII Leistungen,
Unterkunft...) stärker aufmerksam zu machen.

TOP 4 Corona-Monitoring: Austausch zu neuesten Entwicklungen

Schuldnerberatungsstellen/ Beratungsstellen:

Arbeitsmittel wie vor einem Jahr, vermehrt telefonische Beratung oder Onlineberatung
(Caritas) über Chat.

Einwilligungserklärungen erfolgen über E-Mail Verkehr.

Generelle Lage:

Arbeitgeberfragen in Zusammenhang mit 3G, Kontrolle des Impfstatus, zunächst Unklarheit
über die Kosten für Test und aktuell sind Tests gerade Mangelware.

Durch die kurzfristigen Veränderungen durch politische Entscheidungen sind viele Fragen offen und es bestehen Unklarheiten, wie mit Klienten und deren Zugang zu Hilfeleistungen umzugehen ist.

Impfdurchbrüche führen zu Verunsicherungen von Mitarbeitenden im Kontakt mit den Hilfebedürftigen.

TOP 5 Bericht aus LIGA-GF und anderen Gremien (z.B. LAK, Forum Grundsicherung)

LAK: neuer Sprecher neben Frau Eschen ist jetzt Karsten Krull (anstelle von H. Pfahler)

Forum Grundsicherung: Jahresplanung 2022 stärker auch andere Themen neben der Wohnungslosenhilfe im Fokus wie Teilhabechancengesetz, Input zum neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz und Auslaufen des Sozialpaktes. Aufruf von Claudia Niemeyer, gerne neue Teilnehmende auf das Forum aufmerksam zu machen und auch einzuladen. Ebenso werden für die Gestaltung der Jahresthemen auch Referent*innen gesucht.

Vorschlag bei Erstellung des Protokolls: @Claudia Niemeyer: eine E-Mail mit kurzem Inhalt und Terminen des Forums an alle zu senden, damit dies einfach gestreut werden kann.

TOP 6 Austausch Koalitionsvertrag Land Berlin

Bezogen auf unser gemeinsames Positionspapier des FA sind folgende Punkte im Koalitionspapier zu finden und können somit auch als Erfolg bewertet werden.

- Koalition will Allgemeine Beratungsstellen auf dem 2021-Niveau beibehalten

Damit ist eine Hauptforderung im Koalitionspapier erfüllt, mit dem Bezug auf 2021 ist ein Halten des aktuellen Standards ermöglicht, jedoch sieht dies wohl keine bedarfsgerechte Ausbau oder Entwicklung vor (auch wenn das Wort „mindestens“ dies offen lässt).

- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Schuldner- und Insolvenzberatung.

Dies wurde aus dem Positionspapier direkt übernommen, es wird zu beobachten sein, was bedarfsgerecht in der Ausführung bedeutet.

- Ausbildungsoffensive mit Ausbildungsgarantie spezifische Ausbildung für Alleinerziehende, spez. Zielgruppen

Aus Sicht des FA zu begrüßen.

Weitere positiv zu bewertende Aussagen:

- Zusammenfassung der Armut- Sozial- und Gesundheitsberichterstattung
- WBS ohne Aufenthaltsstatus möglich, für Wohnungslose, die leistungsberechtigt sind.
- Förderung von Stadtteilzentren
- Förderprogramme stärker zu vernetzen und abzustimmen im Sozialraum.

- Angemessenheit der Wohnung soll für 2 Jahre beibehalten werden, um Wohnungslosigkeit zu verhindern, zudem gilt eine Wohnung als angemessen, wenn sie günstiger als eine Unterbringung ist (nach 2 Jahren Evaluation dieser Neuregelung)

Aber auch viel Unkonkretes bzw. Themen, wo die Entscheidungen bereits klar sind oder eine Einflussnahme nicht im Zuständigkeitsbereich.

- Solidarisches Grundeinkommen (Finanzierung musste für laufendes Programm aufgrund der bestehenden Verträge gesichert sein)
- § 16 a SGB II kommunale Maßnahmen angesiedelt beim JC
- JC runder Tisch, Eingliederungstitel
- Weiterentwicklung des Jobcoachings

In einigen Bereichen handelt es sich eher um Verwaltungsreformen, die jedoch für Träger entscheidend sein können wie Änderungen im Zuwendungsrecht (anderes Ressort) und das Thema Nebenbestimmungen. Wie dies konkret umgesetzt werden soll, ist noch unklar und zu beobachten.

Hier zum Thema:

<https://www.paritaet-berlin.de/presse/publikationen.html#c5282>

[https://www.paritaet-](https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Broschueren/2021_Brosch%C3%BCre_Zuwendungspraxis/Paritaet_Broschuere_Zuwendungspraxis_WEB_ES.pdf)

[berlin.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Broschueren/2021_Brosch%C3%BCre_Zuwendungspraxis/Paritaet_Broschuere_Zuwendungspraxis_WEB_ES.pdf](https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Broschueren/2021_Brosch%C3%BCre_Zuwendungspraxis/Paritaet_Broschuere_Zuwendungspraxis_WEB_ES.pdf)

Koalitionsvertrag Bund

Die Einschätzungen des FA schwanken zwischen „Quantensprung“ und „enttäuschendes Ergebnis“.

Abzuwarten wird bleiben, wie die konkrete Ausgestaltung/ Umsetzung sein wird und ob die Wohlfahrt Einfluss nehmen kann. Themen wie Bürgergeld, keine ausreichende Regelbedarfserhöhung und weiter bestehende Sanktionen lassen Zweifel aufkommen, dass eine große Reform umgesetzt wird (Die Aussetzung der Sanktionen bezieht sich auf das Urteil des Bundesgerichtshofes).

Positiv gesehen werden die Abschaffung des Vermittlungsdiktats und die Betonung des Weiterbildungsanspruchs. Die Ersatzfreiheitsstrafe wird überprüft und Ablehnungen von AGH-Maßnahmen sollen keine Sanktionen mehr bedeuten (herausfordernd für Träger, die in diesem Feld tätig sind).

Weiter positiv: das Teilhabechancengesetz wird gestärkt und die Kindergrundsicherung wird kommen.

TOP 7 Verschiedenes

Information: der Arbeitgeberverband Bildung, Beratung, Beschäftigung wurde gegründet für den zuwendungsfinanzierten Bereich. 13 Träger, vor allem vom V-ABI und aus den Frauenprojekten haben sich hier zusammengeschlossen.

TOP 8 Jahresplanung 2022

8 Termine immer 14:30-16:30 Uhr Donnerstag:

20.01.2021
17.02.2021
17.03.2021
19.05.2021
16.06.2021
15.09.2021
20.10.2021
15.12.2021

Nächstes Protokoll: LAG SIB

Allen einen herzlichen Dank für die kollegiale und gewinnbringende Zusammenarbeit im Fachausschuss in diesem Jahr, bei der Bearbeitung der gemeinsamen Papiere und den vielen Absprachen und Zuarbeiten!

Eine gute und besinnliche Zeit, einen schönen Advent, Weihnacht oder Jahresendfeier, aber vor allem ein gesundes und behütetes neues Jahr wünschen wir herzlich!